

FRIEDENS JOURNAL



USA: Partner für Deutschland?



Ein Plakatwand-Projekt der US-Friedensorganisation „World Beyond War“ macht deutlich, wie wenig von den derzeitigen US-Militärausgaben den Hunger und die extreme Armut weltweit dauerhaft beenden könnte. Quelle: www.sharing.org

- Deshalb werden die nächsten Jahre gefährlicher
- US-Wahlergebnis: Von Falken und Krähen
- US-Vertragskündigungen und deutsche Politik
- Covid-19-Impfstoffe: Der Westen zuerst
- Rüstungskontrolle, Abrüstung und Verbot von Atomwaffen
- Der Krefelder Appell und seine heutige Bedeutung



Herausgeber:
Bundesausschuss
Friedensratschlag

Jan. - Feb. 2021/Nr. **1**

Die USA: Partner für Deutschland?

Schwerpunkt	
Deshalb werden die nächsten Jahre gefährlicher	3
US-Wahlergebnis: Von Falken und Krähen	6
US-Vertragskündigungen und deutsche Politik	8
Brennpunkt	
Covid-19-Impfstoffe: Der Westen zuerst	10
Friedensbewegung	
Rüstungskontrolle, Abrüstung und Verbot von Atomwaffen	12
Der Krefelder Appell und seine heutige Bedeutung	14
Rubriken / Presseschau	
Joschka Fischer und Die Grünen	5
Lawrow zur russischen Außenpolitik	9
Wirkungen der Covid-19-Pandemie	11
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 4.1.2021	
Impressum	
Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Spendenbeitrag von mindestens 15 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.	
Herausgeber: Bundesausschuss Friedensratschlag Germaniastraße 14, 34119 Kassel www.friedensratschlag.de	
Redaktion: Lühr Henken, Werner Ruf, Horst Trapp, Ewald Ziegler, V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Peil	
Redaktionsanschrift: Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V. c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt, Wilhelm-Leuschner-Straße 69 – 77, 60329 Frankfurt am Main e-Mail: info@frieden-und-zukunft.de	
Kontoverbindung: Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V. Frankfurter Sparkasse IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90 BIC: HELADEF1822	
Internetausgabe: auf www.frieden-und-zukunft.de einschließlich digitalem Archiv ab 2010. ISSN 2193-9233	
In eigener Sache Wir bitten die Leser*Innen um Überweisung eines jährlichen Soli-Beitrages von mindestens 15 Euro. Eine entsprechende Zahlkarte liegt in der Ausgabe für Abonnenten bei. Leser*Innen aus Baden-Württemberg zahlen direkt beim Friedensnetz.	

Liebe Leserinnen und Leser,

viele Fragen drängen sich zu Beginn des neuen Jahres 2021 auf:

Wovon geht in den nächsten Jahr die Hauptgefahr für den Weltfrieden aus und welche Rolle spielt dabei die deutsche Politik?

Christian Müller von der Redaktion des Schweizer Online-Magazins Info-sperber verknüpft in seinem Beitrag die Entwicklungen der US-Politik mit den Veränderungen der deutschen Außenpolitik, wie sie in den zurück liegenden Monaten vor allem mit der Navalny-Affäre zutage getreten sind. Er stellt auch die schwierige Frage, was hinter dieser neuen Politik Deutschlands steckt. Seine Antworten sind ein guter Anstoß für weitere Diskussionen.

Was bringt diesbezüglich eine vor-aussehbare neue Regierungskonstellation nach den Bundestagswahlen 2021, wobei die Weichenstellung – fern aller anderweitigen Wunschträume – immer mehr auf schwarz-grün gestellt werden?

Wir haben auf Seite 5 dazu unkommentiert einen Auszug aus einem ausführlichen Interview abgedruckt, das Joschka Fischer kürzlich dem Schweizer Leitmedium NZZ gegeben hat.

Welche Rolle spielt dabei die neue US-Administration?

Erhard Crome formuliert seine grundsätzlichen Überlegungen, die nicht abhängig sind von spekulativen Aussagen aufgrund des vorgesehenen Führungspersonals und deren politische Vergangenheit.

Sind die von der Trump-Administration aufgekündigten Verträge noch zu retten?

Lühr Henken gibt dazu einen Überblick zur Entwicklung des INF-Vertrages und der in der deutschen Politik geführten Debatte zur Aufrechterhaltung des von den USA gekündigten Vertrages über den „Offenen Himmel“.

Wo stehen wir mit unseren Aktivitäten als Friedensbewegung?

Im neuen Jahr wird es darum gehen, nach den massiven Einschränkungen des letzten Jahres wieder verstärkt „auf der Straße“ präsent zu sein. Die dezentralen Aktionen am 5. Dezember mit mehr als 100 Veranstaltungen und

mehreren tausend Teilnehmerinnen und Teilnehmern waren unter den beschränkten Corona-Bedingungen ein Erfolg und zugleich ein Signal, das optimistisch stimmen kann.

Bereits am 22. Januar steht mit dem Inkrafttreten des Atomwaffenverbotsvertrages ein wichtiges Datum für lokale Aktivitäten an. Regina Hagen hat in ihrem Beitrag eine Übersicht der bisherigen vertraglichen Regelungen zu Atomwaffen zusammen gestellt. Auf historische und aktuelle Anknüpfungspunkt im Kampf gegen Atomwaffen geht auch Kathrin Vogler in ihrem Beitrag anlässlich des 40. Jahrestag des Krefelder Appells ein.

Der digitale Ratschlag am 6. Dezember hat aufgezeigt, dass das Bedürfnis nach Austausch und Kommunikation vorhanden ist. Auch wenn Videokonferenzen künftig (nach Wegfall der Corona-Beschränkungen) zum festen Bestandteil von Friedensaktivitäten gehören werden, bleibt der physische Austausch anlässlich von Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen unverzichtbar.

Anders als in den Vorjahren können wir aufgrund der im neuen Jahr auf unbestimmte Zeit immer noch wirksamen Corona-Restriktionen nur beschränkt festgelegte Termine kommunizieren. Unsere Auflistung auf Seite 16 steht deshalb immer noch unter Vorbehalt, wie z.B. das bereits stark reduzierte Programm des ökumenischen Kirchentages in Frankfurt im Mai.

Welches Jahresdatum hat im neuen Jahr eine besondere Bedeutung?

Am 22. Juni 2021 jährt sich der 80. Jahrestag des Überfalls von Nazi-Deutschland auf die Sowjetunion. Noch ist es eine spannende Frage, ob überhaupt und mit welchen Einschränkungen seitens der offiziellen deutschen Politik dieser Jahrestag als geschichtliches Vermächtnis und Verpflichtung gewürdigt werden wird. Keine Frage sollte es hingegen für die Friedensbewegung sein, dass dieses Datum eine große Rolle bei noch zu diskutierenden Aktionsplanungen spielen wird.

Die Redaktion

Deshalb werden die nächsten Jahre gefährlicher

von Christian Müller, Redaktion Infosperber (Schweiz)

Die Zeichen stehen auf Sturm. Nichts deutet darauf hin, dass 2021 wieder mehr Frieden einkehren könnte. Es ist Vorsicht angesagt.

Die Zeiten ändern sich, zurzeit schneller als je zuvor. Aus der Geschichte zu lernen ist deshalb nicht immer der richtige Weg, ein Problem zu lösen. Aber es gibt Konstanten, die seit 2000 Jahren immer wieder auftreten. Eine der klarsten und wichtigsten ist die: Wo in einem Land, einem Volk, in einer grösseren Gemeinschaft interne Probleme auftreten, insbesondere wenn die Gesellschaft gespalten ist, «hilft» eine äussere Bedrohung – die Existenz eines äusseren Feindes – die Menschen intern, im eigenen Land, wieder zusammenzuschweißen.

USA: Eine gesplattete Gesellschaft ...

Genau diese Situation haben wir heute. Die US-amerikanische Gesellschaft ist gespalten wie nie mehr seit den Bürgerkriegen 1861 bis 1865, dem sogenannten Sezessionskrieg. Diesmal aber trennt die Spaltung nicht den Süden vom Norden, diesmal geht sie mitten durch die einzelnen Bundesstaaten, mitten durch viele Städte und grössere Gemeinden. Die Spaltung zwischen Demokraten und Republikanern geht oft sogar mitten durch die einzelne Familie. Das Thema «Spaltung» wird denn auch hundertfach gespiegelt in unendlich vielen Medienberichten.

... aber außenpolitisch einig

Wer allerdings vor allem die Diskussionen und Beschlüsse der beiden Häuser des Kongresses beobachtet, der kann es sehen: Beide Häuser versuchen mit einer gemeinsamen Haltung in der Aussenpolitik – gegenüber gemeinsamen «Feinden» – wieder zusammenzukommen. Das jüngste Beispiel: die Fertigstellung von «Nord Stream 2», der Pipeline, die russisches Erdgas nach Deutschland bringen soll. Die Beschlüsse, dieses Projekt mit harten Sanktionen zu verhindern, wurden im US-Kongress, im Senat wie auch im

Repräsentantenhaus, parteiübergreifend gefällt. Die Isolationisten und die Universalisten bauen sich Russland als gemeinsamen Feind auf, um daheim zusammenzukommen.

Eine neue Gefahr: der «Deal»

Es gibt seit etlichen Jahren Politiker, die auf die Frage, wie sie einen Staat führen würden, die Antwort geben: «So, wie ich als Manager eine Firma führe.» Das hatte zum Beispiel der Schweizer Politiker Christoph Blocher schon 2011 gesagt, als er an einem grossen Event im Zürcher Schauspielhaus diese Frage beantworten musste. Es blieb seinem Gegenüber Jean-Claude Juncker, dem damaligen EU-Kommissionspräsidenten, vorbehalten, ihn darauf aufmerksam zu machen: «Eine Firma kann Mitarbeitende, die auf Dauer krank oder sonst arbeitsunfähig geworden sind, entlassen. Ein Staat aber bleibt für seine Bürgerinnen und Bürger auch dann verantwortlich, wenn sie nichts mehr leisten können.»

Donald Trump erhielt bei seiner Wahl zum US-Präsidenten viele Vorstuss-Lorbeeren. Man vertraute darauf, dass der erfolgreiche Business-Mann auch als Präsident eines Staates mit seiner Erfahrung, gute «Deals» zu machen, Erfolg haben werde. Trump hat dann tatsächlich angefangen, seinen Stil von «Deals» auch in die Politik einzuführen.

Die jüngsten Beispiele seiner «Deal»-Politik sind die neu aufgenommenen diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten UAE und jene zwischen Israel und Marokko. Bei beiden «Deals» gibt es klare Verlierer: beim ersten die Palästinenser, die die Unterstützung der Arabischen Emirate verlieren, beim zweiten die Sahraouis in der Westsahara, die von den USA trotz UNO-Friedensgesprächen fallengelassen wurden.

Früher hat man bei Verhandlungen nach Kompromissen gesucht. Ein Kompromiss beinhaltet Zugeständnisse auf beiden Seiten. Heute werden «Deals» gemacht, mit Vorteilen auf beiden Sei-

ten – aber mit einem Preis, den Dritte zu zahlen haben. Das ist die Differenz!

Deutschlands Politik ist gefährlich

Deutschland stört sich daran, dass die Halbleiter-Technologie in Europa jener in den USA und in China um zehn oder mehr Jahre hinterherhinkt und dass deshalb die «digitale Souveränität» Deutschlands gefährdet sei. Bereits wurde damit begonnen, diese Industrie in Milliardenhöhe zu subventionieren. Umgekehrt plädieren politisch relevante Medien-Bosse wie Josef Joffe von der «Zeit» oder Mathias Döpfner von Springer intensiv dafür, militärisch noch näher an die USA zu rücken. Auch die deutsche Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer – AKK genannt – von der CDU und sogar die Chefin der Grünen, Annalena Baerbock, plädieren für eine stärkere Militarisierung. AKK will neu sogar im indo-pazifischen Raum künftig auch militärisch mehr «mitreden».

Militärisch näher an die USA und technologisch mehr «Souveränität», kann diese seltsame Kombination Gutes erwarten lassen?

Offene Fragen

Am 12. Oktober 1957 hat der sowjetische KGB-Agent Bogdan Staschinski in München den exil-ukrainischen Literaten Lew Rebet und zwei Jahre später, am 15. Oktober 1959, den von Deutschland beschützten ukrainischen Nazi-Kollaborateur Stepan Bandera mit einer Spezialwaffe umgelegt. In der gleichen Zeit hat in Amerika die CIA Millionen von Dollars ausgegeben, um wirksamere Methoden zu entwickeln, Menschen diskret umzubringen und zu beseitigen. Aber mehr als sechzig Jahre später soll der russische Geheimdienst dreimal erfolglos versucht haben, Alexei Navalny zu ermorden, und dazu ausgerechnet ein Gift verwendet haben, das zur Massenvernichtung von ganzen Armeen entwickelt worden war?

«Wer's glaubt, zahlt e Batze», so heisst ein alter Spruch in der Schweiz.

Und dass Navalny, der als Oppositioneller in Russland den von ihm angestrebten politischen Erfolg nie hatte, jetzt vier Monate nach seinem «Fall» auch noch einen russischen Geheimdienstagenten dazu gebracht haben soll, einen Telefon-Anruf von einem Unbekannten anzunehmen und ihm die Geschichte des Anschlags detailliert zu erzählen, macht die Satire perfekt. Da können die wirklichen Geheimdienst-Spezialisten, darunter etwa der ehemalige Chef des tschechischen militärischen Geheimdienstes Andor Šándor, – gewohnt, russische Spionage abzuwehren – nur noch lachen. Sogar öffentlich.

Die Novitschok-Saga

Der ehemalige tschechische Geheimdienstchef Andor Šándor mag nur noch spotten: «Die Nowitschok-Saga – der Fall Nawalny – hat eine echte «weihnachtliche» Auflösung. Der russische Oppositionsführer telefoniert von Deutschland aus mit seinem Mörder vom FBS, der, in der Annahme, mit seinem Chef zu sprechen, ihm erzählt, wie alles abgelaufen ist. Er hat kein Problem damit, mit seinem ungesicherten Telefon über alle Details der mörderischen Aktion mit seinem «Vorgesetzten» zu sprechen, dessen Stimme er problemlos mit Nawalny verwechselt. Ein weiterer Kommentar erübrigt sich ...»

2018 durften saudi-arabische Diplomaten in ihrer Botschaft in Istanbul den im Ausland lebenden saudischen Journalisten Jamal Khashoggi umbringen. Reaktion in Deutschland: null. Vor einem Jahr durften die US-Amerikaner im Irak mit Drohnen den iranischen Politiker Qasem Soleimani abschießen. Reaktion in Deutschland: null. Vor wenigen Wochen durfte der israelische Mossad im Iran den iranischen Nuklear-Wissenschaftler Mohsen Fachrisadeh auf offener Strasse umbringen. Reaktion in Deutschland: null.

In keinem Fall kam es zu Sanktionen. Aber die behauptete Attacke auf den Russen Alexei Navalny in Russland ist über Monate hinweg ein Thema nicht nur für Deutschland, sondern sogar für die NATO, und sie hat zu neuen massiven Sanktionen gegen Russland geführt.



SPIEGEL-Cover vom 2.10.2020

Was steckt hinter dieser neuen Politik Deutschlands?

Die Ursache der neuen Politik der Bundesrepublik Deutschland, wieder mehr aufzurüsten, ist nicht einfach zu erkennen. Steht Deutschland unter vermehrtem Druck der USA? Veranlasst vielleicht der angekündigte Abzug von 10'000 der gegenwärtig 34'000 in Deutschland stationierten US-amerikanischen Soldaten aus Deutschland – 5000 zurück in die USA und 5000 nach Polen – die deutsche Regierung, sich noch russlandfeindlicher zu zeigen, um die USA deutschlandfreundlicher zu stimmen? Das ist denkbar. Allerdings dürfen die USA in Deutschland ja eh schon alles tun, was sie wollen, sie lagern hier ja sogar Atombomben und betreiben Relais-Stationen für den Drohnen-Einsatz im Nahen Osten.

Oder ist die Ursache für immer mehr Russenhass vielleicht die deutsche Rüstungsindustrie, die zu wenig Aufträge hat und für neue Aufträge Kriegsstimmung braucht? Der Börsenkurs der deutschen Waffenschmiede «Rheinmetall» ist im März 2020 zwar tatsächlich auf unter die Hälfte des Höchstwertes im Jahr 2019 gefallen (von 117,15 auf 53,74). Offensichtlich hatten die Anleger Angst, die Covid-19-Pandemie könnte die Kriegslust der Politiker dämpfen. Aber seither ist der Kurs wieder deutlich angestiegen, und mit gut 6 Milliarden Euro Umsatz ist die Rüstungsfirma «Rheinmetall» wirtschaftlich für Deutschland dann doch nicht so relevant.

Bleibt als mögliche Ursache für die zunehmende Russlandfeindlichkeit also noch die Variante, es den Russen nach den kriegsentscheidenden deutschen Niederlagen 1943 in Stalingrad und Kursk endlich mal zu zeigen, wer stärker ist. Steigender Revanchismus also? Diese dritte Variante, wiederwachter Revanchismus gegen Russland, wäre die traurigste, aber sie ist nicht auszuschliessen.

Wie sagt doch im russischen Film «Der Weisse Tiger» der Panzersoldat Ivan Naidyanov, der weisse Tiger, metaphorisch für den stets wiederkehrenden Russenhass der Europäer: «Er wird zwanzig Jahre warten, fünfzig, vielleicht auch hundert. Dann wird er wieder hervorkriechen ...» Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges sind es jetzt 75 Jahre ...

Womit wir wieder bei der Geschichte gelandet sind. Der sogenannte Blankoscheck, den der deutsche Kaiser Wilhelm II. am 5. Juli 1914 Österreich-Ungarn gab, war grünes Licht für den Angriff Österreichs auf Serbien, was zum Ersten Weltkrieg führte. Ein paar Jahre später, im April 1917, sollte der Transport Wladimir Iljitsch Lenins im «plombierten Wagen» aus dem Schweizer Exil nach St. Petersburg helfen, Russland durch die Revolution in noch mehr interne Probleme zu führen und so als Kriegsfeind zu schwächen – was auch gelang.

Und schon 1925 propagierte Adolf Hitler in seinem Buch «Mein Kampf» wieder, für Deutschland «Grund und Boden» in Russland zu holen. Geschichte ist nicht immer «Geschichte» im Sinne von: darf abgehakt werden.

Optimismus ist immer erwünscht

Es ist immer schön, wenn die Menschen mit Optimismus in ein neues Jahr starten. Diesmal allerdings gilt es, besonders aufmerksam und vorsichtig zu sein. Die polarisierte Gesellschaft in den USA und auch andernorts, der neue Polit-Stil, «Deals» auf Kosten Dritter zu machen, und die zunehmende Stimmungsmache in Deutschland gegen Russland sind Signale, die ernst genommen werden müssen.

Der Beitrag erschien zuerst am 30.12.2020 auf www.infosperber.ch
(Online: Hinweise zum Autor)

Joschka Fischer: «Mit dem Brexit und Trump haben sich die Briten und die Amerikaner vom Westen verabschiedet»

Interview in der NZZ vom 26.12.2020

Der frühere Aussenminister fordert mehr militärisches Engagement von Deutschland und Europa. Berlin müsse nun auf Joe Biden zugehen und mit ihm das transatlantische Verhältnis neu definieren. Seine Partei, die Grünen, lobt er für ihren Realismus. Vor einer grün-rot-roten Koalition warnt er.

[...]

Frage: Was kann Deutschland beitragen?

Diese Debatten hier in Deutschland über die Bewaffnung von Drohnen oder das Zwei-Prozent-Ziel in der Nato, das ist einfach nicht von dieser Welt. Man stelle sich vor, die USA verabschieden sich mit einem weiteren isolationistischen Präsidenten in vier Jahren endgültig von der Weltbühne. Dann wird die Sicherheitsfrage viel teurer – nicht nur für uns, für alle Europäer. Das kann man nach den Erfahrungen mit Trump nicht allen Ernstes verantworten wollen. Es wird keine gestärkte europäische Souveränität geben, ohne dass wir nicht zumindest im Bündnisgebiet und in unserer Nachbarschaft einen wesentlich höheren Beitrag für die territoriale Verteidigung und die gemeinsame Sicherheit leisten. Das gilt insbesondere für Deutschland.

Frage: Warum ist es so schwierig, diese Erfordernisse in der deutschen Debatte zumindest zur Kenntnis zu nehmen?

Diese Schwierigkeiten muss man aus der deutschen Geschichte erklären. 1945 war für das Land eine radikale Zäsur. Die Deutschen haben damals instinktiv eine Konsequenz gezogen: nie wieder! Nie wieder Weltpolitik, nie wieder Weltherrschaftsphantasien, nie wieder Militär in der Aussenpolitik. Das war damals ein rationaler Schritt angesichts des doppelten Desasters, das Deutschland in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts angerichtet hat. Dieses Trauma einer doppelt gescheiterten Weltmacht hat sich über Generationen bis heute erhalten.

Die Schwierigkeit in den deutschen Köpfen ist, dass sich das, was sich unter der Protektion der USA über Jahrzehnte als richtig erwiesen hat, nun als einen Hemmschuh darstellt. Ohne Deutschland aber wird es kein Europa geben, das als Macht seine Interessen im 21. Jahrhundert vertreten kann. Diesen Diskurs neu zu justieren, wird einige Zeit erfordern und grosse innenpolitische Probleme mit sich bringen.

[...]

Quelle: <https://www.nzz.ch/international/joschka-fischer-mit-brexit-und-trump-haben-sich-die-briten-und-amerikaner-vom-westen-verabschiedet-id.1592878>

Anmerkung der Redaktion: Anstelle eines Kommentars zu dem Fischer-Interview stellen wir diesem einen Bericht aus dem nd vom 1.9.2020 gegenüber:

Albright Stargast bei Grünen

Fraktion redet mit früherer US-Außenministerin über transatlantische Beziehung

Madeleine Albright hat mit den Grünen nur gute Erfahrungen gemacht. Als Außenministerin in der Administration des damaligen US-Präsidenten Bill Clinton arbeitete sie um die Jahrtausendwende eng mit ihrem deutschen Amtskollegen Joschka Fischer zusammen. Nachdem ihre Politikerkarrieren vorbei waren, verschaffte Albright dem Grünen sogar einen Job bei ihrer Washingtoner Beraterfirma.

[...]

Die Zusammenarbeit der transatlantischen Partner war auch die Basis für gemeinsame Kriegseinsätze der Nato. Fischer und Albright stehen für die Bombardierung Jugoslawiens im Kosovokrieg von 1999.

Zum Jahrestag des Kriegs waren Albright und Clinton vergangenes Jahr in den Kosovo gereist. Dort wurden sie von einer jubelnden Menge als »Befreier« von der Belgrader Staatsmacht gefeiert. Die US-Amerikaner trafen sich auch in freundschaftlicher Atmosphäre mit dem damaligen Regierungschef Ramush Haradinaj, obwohl diesem von serbischen Behörden Kriegsverbrechen vorgeworfen werden und er immer wieder vor dem Sondergericht in Den Haag erscheinen muss.

Dass Spitzenpolitiker der Grünen nun Albright eingeladen haben und sich positiv über Fischer äußern, sind Anzeichen dafür, dass sie zu ihrer damals intern heftig umstrittenen Entscheidung für den Nato-Kriegseinsatz stehen.

Als Fischer vor zwei Jahren seinen 70. Geburtstag feierte, gratulierte Parteichefin Annalena Baerbock ihm auf Twitter und bezog sich in ihrem Schreiben auch auf den Kosovokrieg: »Joschka Fischer hat den Rock 'n' Roll in die Politik gebracht und die Grünen in die Regierungsfähigkeit geführt. Er hat unserer Partei auch viele unbequeme Entscheidungen zugemutet. Aber nur aus Zumutung erwächst Zutrauen und Kraft.

Alles Gute, Joschka!« Baerbock teilte zu diesem Anlass einen Videozuschnitt, in dem auch Sequenzen aus der Rede zu sehen sind, in der Fischer seine Kriegsbegründung lieferte. Er verglich die Auseinandersetzungen, Massaker und Menschenrechtsverletzungen im auseinanderbrechenden Jugoslawien mit dem Holocaust. »Ich stehe auf zwei Grundsätze. Nie wieder Auschwitz. Nie wieder Krieg«, so der Grüne.

[...]

Quelle: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1141191.aussen-und-militaerpolitik-albright-stargast-bei-gruenen.html>

US-Wahlergebnis: Von Falken und Krähen

von Erhard Crome, Politikwissenschaftler, Berlin

Inzwischen ist klar: Joe Biden wurde gewählt. Bei der Amtseinführung im Januar 2021 ist er mit 78 Jahren der älteste Präsident, den die USA je hatten. Trotz aller Turbulenzen war es eine Trump-Wahl. Er hat polarisiert, wie kaum einer vor ihm in diesem Amt. Er hatte diese Polarisierung nicht herbeigeführt, sondern vorgefunden, sie jedoch eifrig verstärkt. Die „negative Parteiidentifikation“, von der der US-amerikanische Kolumnist Ezra Klein sprach, spielte eine zentrale Rolle: die Niederlage der Gegenseite ist zentral. Sie wird als feindliche wahrgenommen und man gönnt ihr keinen Erfolg. So war die Wahl 2020 eine Mobilisierungswahl. 2016 wählten Donald Trump knapp 63 Millionen Menschen, Hillary Clinton fast 66 Millionen. Für 2020 hatten die meisten Demoskopen einen erdrutschartigen Wahlsieg der Demokraten vorhergesagt – der ausblieb. Tatsächlich stimmten für Trump mehr als 74 Millionen Wähler, 11 Millionen mehr als vor vier Jahren. Biden allerdings wählten über 80 Millionen Amerikaner, 14 Millionen mehr als damals für Clinton.



„Trash Man“ in New York, Quelle: Flickr (rvjak)

Ende 2020 kämpfen ca. 54 Mio. US-Amerikaner mit dem Hunger. Ein Anstieg von 45% gegenüber 2019. Da Lebensmittelhilfsprogramme wie SNAP und WIC gekürzt werden und andere Bundeshilfen kurz vor dem Auslaufen stehen, werden Suppenküchen und Lebensmitteltafeln mittlerweile „überschwemmt“. Stundenlange Wartezeiten der in die Tausende gehenden Hilfsbedürftigen sind die Folge. Quellen: Washington Post / RT-DE

Auch wenn Biden beteuert, er wolle das Land wieder zusammenführen, ist seine Präsidentschaft doch Ergebnis der tiefen Spaltung des Landes, ebenso wie die Demonstrationen von Trump-Anhängern gegen das Wahlergebnis. Die Legende von der Trump „gestohlenen Wahl“ ist keine Marotte eines einzelnen, selbstverliebten alten Mannes, sondern Kalkül mit Blick auf kommende Wahlen.

Innenpoliitsche Blockaden

Im Jahre 1994 hatten die Republikaner bei den Kongresswahlen beide Häuser gewonnen und der Clinton-Regierung durch Blockadepolitik das Regieren nahezu unmöglich gemacht. Der junge, strebsame Abgeordnete Newt Gingrich avancierte zum Sprecher des Repräsentantenhauses und erwirkte ein Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Bill Clinton wegen einer Affäre mit einer Praktikantin und weil der in dieser Sache gelogen hatte. Obwohl das Impeachment scheiterte, galt die Clinton-Regierung nicht nur als zu liberal, sondern nun als korrupt und unmoralisch. Barack Obamas Regierung wurde als illegitim dargestellt, weil er angeblich nicht in den USA geboren wurde. Diese Kampagne – ein Wortführer war Donald Trump – scheiterte zwar, aber für Teile der rechten Wählerschaft galt Obama, der erste schwarze Präsident der USA, als zu Unrecht im Weißen Haus. Die Demokraten drehten 2016 den Spieß um und erklärten die Trump-Regierung für illegitim, weil angeblich russische Hacker über das Internet das Wahlergebnis manipuliert hätten. Das diesmal von den Demokraten gegen den republikanischen Präsidenten angestrebte Impeachment-Verfahren scheiterte ebenfalls, doch das Odium des Unsauberen gab Trumps Gegnern Auftrieb. So ist jetzt die Biden-Administration die vierte US-Regierung, die der Gegenseite des politischen Spektrums als illegitim gilt.

Unabhängig vom Ausgang der am 5. Januar 2021 erfolgten Nachwahlen

(nach FJ-Redaktionsschluss) zum US-Senat wird es für Biden schwierig wegen der dort fehlenden demokratischen Mehrheit. Damit droht eine neuerliche Blockadepolitik wie einst gegen Clinton und Obama.

Linke Demokraten – aber kein Linksruck

Inzwischen sind innerhalb der Demokratischen Partei die Differenzen, die durch die Gegnerschaft zu Trump überdeckt waren, wieder offen aufgebrochen. Biden erreichte zwar eine Mehrheit der Wahlmänner-Stimmen, doch gab es Verluste der Demokraten im Repräsentantenhaus und im Senat erscheint eine Mehrheit äußerst ungewiss. Alexandria Ocasio-Cortez, ins Repräsentantenhaus wiedergewählte und bei jungen Wählern an den Küsten beliebte Ikone der Linken, monierte, vor allem „junge Einwanderer-Aktivistinnen“ hätten in mehreren Bundesstaaten die Wahlen entschieden. Dennoch hätte das Übergangsteam von Biden mit der Agenda des progressiven Flügels der Partei nichts gemein. Das sei eine Missachtung derer, die Biden den Wahlsieg beschert hätten. Die Parteiführung sei – so sagte sie der New York Times – durch eine „antiaktivistische Stimmung“ geblendet und gebe den Linken die Schuld, dass der große Durchbruch der Demokraten ausblieb.

Außenpolitik: Auftrieb für den „Tiefen Staat“

Aufschlussreich ist, dass bei all diesen Auseinandersetzungen innerhalb der Demokraten viel von Corona, Gesundheitsversicherung, „Sozialismus“ und Einwanderungsfragen die Rede war, jedoch nicht ernsthaft von der Außenpolitik. Auch wenn eine Minderheit der Delegierten des Demokraten-Parteitages ein „neues außenpolitisches Team“ gefordert hatte. Man könnte es auch so formulieren: Trump wurde immer wieder vorgeworfen, er hätte Halluzinationen und leide unter Verfolgungswahn, wenn er von Intrigen des „Tiefen Staates“ in Regierung und Kongress und bis ins Weiße Haus sprach. Tatsächlich haben die interventionistischen Globalisten, die vom Ende des

zweiten Weltkrieges bis 2017 offen und ungeniert das Land regiert, sich weltweit in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten eingemischt und gern Regime-Change-Kriege geführt haben, eine obstruktive Hinhaltetaktik geübt, um die Trump-Jahre auszusitzen und sich nun von den linken und alternativen Kräften wieder in die maßgeblichen Machtpositionen tragen zu lassen. Der außenpolitische Teil der politischen Kaste in Deutschland freut sich schon auf die alten Bekannten.

Bidens Personal: Zurück in die Zukunft?

Hier ist es durchaus angezeigt, sich Positionen des neu-alten Personals anzuschauen. Die meisten Personen, die für die außenpolitischen und Sicherheits-Bereiche nominiert wurden oder in Rede stehen, waren bereits unter Obama an dessen Kriegspolitik beteiligt. Zunächst Joe Biden. Als Vizepräsident der Obama-Regierung hatte er am 2. Oktober 2014 vor Studenten der Harvard-Universität die Außenpolitik der Regierung erläutert. Die USA waren dabei, die Ukraine aus dem Einflussbereich Russlands zu lösen und in den des Westens einzuordnen. Bidens Sohn Hunter machte gerade seine Geschäfte in der Ukraine. Originalton Biden:

„Wir haben Putin vor die einfache Wahl gestellt: Respektieren Sie die Souveränität der Ukraine oder spüren Sie zunehmende Konsequenzen. Dadurch waren wir in der Lage, die größeren der entwickelten Staaten dazu zu bringen, Russland wirkliche Belastungen aufzuerlegen. Es ist wahr, dass sie das nicht tun wollten. Aber wiederum war es die Führungsrolle Amerikas und das Insistieren des Präsidenten der Vereinigten Staaten, mehrmals Europa fast bloßstellen zu müssen, sich zu erheben und wirtschaftliche Nachteile einzustecken, um Belastungen aufzuerlegen. Und die Folgen waren eine massive Kapitalflucht aus Russland, ein praktisches Einfrieren von ausländischen Direktinvestitionen, der Rubel auf einem historischen Tiefststand gegenüber dem Dollar, und die russische Wirtschaft an der Kippe zu einer Rezession.“

Anpassung der Feindbilder

Die Sprecherin der damaligen EU-Außenministerin Catherine Ashton

heuchelte zwar: *„Die EU hat autonom und einstimmig die Verhängung der Sanktionen gegen Russland beschlossen“*. Gleichwohl war klar, dass die deutsche Wirtschaft bereits damals „Sanktionen“ gegen Russland nicht wollte und deren Spitzenvertreter Kanzlerin Merkel nur widerwillig zugesagt hatten, sich dem *„Primat der Politik“ unterzuordnen. Dies jedoch ist die Politik, die Deutschland und Europa mit einem Präsidenten Biden wieder bevorsteht. Es wird nicht besser mit den „transatlantischen Beziehungen“, nur anders. War für Trump China der Hauptfeind und Russland nachgeordnet, so ist es jetzt umgekehrt.*

Der designierte Außenminister Antony Blinken war unter Clinton Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates, diente in der Obama-Regierung als stellvertretender Außenminister und als Sicherheitsberater des Vizepräsidenten Biden. Er gilt als Mann des außenpolitischen Establishments der USA, setzt, wie es heißt, auf außenpolitische Allianzen und glaubt an die Rolle der USA als „globale Ordnungsmacht“. Das bestätigt im Kern die Wahrnehmung, die Präsidentschaft Biden werde als „3. Präsidentschaft“ von Obama funktionieren.

Auf dem berühmten Bild, das zeigt, wie die Spitzen der Obama-Regierung am Bildschirm gebannt live der Ermordung Osama Bin Ladens beiwohnen, steht er hemdsärmelig im Hintergrund. Obamas Außenminister John Kerry soll Sondergesandter für Klimaschutz werden und als solcher auch Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates.

Im Gespräch als Verteidigungsministerin war zunächst eine Frau, Michèle Flournoy. Sie diente ebenfalls bereits unter Bill Clinton, in gehobener Position im Pentagon und arbeitete an der Verteidigungsplanung der USA mit, um den Weg für die endlosen und kostspieligen weltweiten Kriege der USA zu öffnen. In der Obama-Administration war sie Staatssekretärin im Verteidigungsministerium und trug dazu bei, dass sich die USA von dem in der UN-Charta verankerten Verbot der Androhung oder Anwendung militärischer Gewalt verabschiedet haben. Sie meinte, „dass wir, wenn vitale Interessen auf dem Spiel stehen, alles tun sollten, um sie zu verteidigen, einschließlich, wenn nötig, der einseitigen Anwendung militärischer Gewalt“. Be-

reits im Juni 2002, als sie am Center for Strategic and International Studies (CSIS), einem militärpolitischen Think Tank in Washington D.C. arbeitete, forderte sie, die USA sollten *„schon vor einer Krise präventiv zuschlagen [...], um die Waffenlager eines Gegners zu zerstören“*.

Das war der Höhepunkt der Kriegspolitik von Präsident George W. Bush, der Afghanistan-Krieg lief bereits, der Irak-Krieg stand kurz bevor, und sie redete dem das Wort. Mit solchen Positionen werden Regime-Change-Kriege wieder wahrscheinlicher. Auserwählt als Chef des Pentagon wurde dann allerdings entgegen den Erwartungen Lloyd J. Austin, ein pensionierter Vier-Sterne-General, der im Irak-Krieg eingesetzt und unter Obama Kommandeur des CENTCOM war, des Regionalkommandos der US-Streitkräfte, das für den Nahen Osten, Ostafrika und Zentralasien zuständig ist.

Falken, Tauben und Krähen

Mit Biden kehren die „Falken“ zurück an die Macht. In den Debatten um die Kriege des Westens wurden bisher immer zwei Vögel aufgerufen: „Tauben“ und „Falken“. Deshalb gab es auf die Tatsachenfeststellung, dass Trump im Unterschied zu allen seinen Vorgängern seit dem Kalten Krieg, gar seit Jimmy Carter keinen neuen Krieg angezettelt hat, immer das Argument, er habe den Rüstungshaushalt aufgebläht, Drohkulissen aufgebaut und verstärkt Waffen exportiert, insbesondere an das im Jemen kriegsführende Saudi-Arabien; Trump sei mithin „keine Taube“.

Wir sollten in die Kollektion der Metaphern eine dritte Vogelart einfügen: die Krähen. Sie sind schlau und fressen auch Aas. Vielleicht sind sie die Vögel des MAGA (Make America Great Again). Sie hockten bereits auf dem Kadaver der US-amerikanischen Vorherrschaft und waren dabei, die Überreste zu fressen. Jetzt kommen die Falken zurück und vertreiben die Krähen. Sie werden den Kadaver aber nicht zu neuem Leben erwecken können. Und die Krähen wissen, ihre Zeit kommt wieder. Das kann man in jedem Herbst über den kühlen Feldern sehen.

Der Beitrag erschien zuerst im Online-Magazin „Das Blättchen“ am 21.12.2020

US-Vertragskündigungen und deutsche Politik

von Lühr Henken, Bundesausschuss Friedensratschlag

Kündigung des INF-Vertrages durch die USA

Seit dem 2. August 2019 ist der INF-Vertrag[1] von 1987 Geschichte. Er war der erste reale Abrüstungsvertrag und galt als eine Säule der strategischen Stabilität. Die USA und die Sowjetunion hatten sich in ihm darauf geeinigt, ihre an Land stationierten nuklearen Mittelstreckenwaffen mit Reichweiten zwischen 500 und 5.500 km zu verschrotten.



Unterzeichnung des INF-Vertrages am 8.12.1987 im Weißen Haus, Quelle: Wikipedia

Der INF-Vertrag erlaubte allerdings weiterhin Testflüge von festinstallierten Rampen aus, unter der Bedingung, diese Flugkörper später nicht an Land aufzustellen, sondern nur auf See oder in Flugzeugen. Westliche Vorwürfe gegenüber Russland betrafen angeblich unerlaubte Flüge mit Reichweiten von 2000 km statt der maximal erlaubten 500 km. Russland bestritt das.

Einladungen an USA und NATO, die inkriminierten russischen Marschflugkörper in Augenschein zu nehmen und zu untersuchen, kamen die westlichen Staaten nicht nach. Ein Bericht im SPIEGEL schildert das sehr anschaulich:

„Die Russen hatten am Dienstag (15.1.2019 L.H.) in Genf angeboten, ihren Marschflugkörper SSC-8 vor Ort zu begutachten. [...] Doch die US-Delegation lehnte ab. [...] Robert Schmucker, ehemaliger Uno-Waffeninspekteur, und Wolfgang Richter, früher Verifikationsexperte der Bundeswehr, halten eine Vor-Ort-Inspektion für ausreichend, um diesen großen Unterschied (gemeint sind 480 zu über 2.000 km Reichweite, L.H.) zu klären. Dazu müsse man bloß Länge und Durchmesser der SSC-8 kennen.“ [2]

Dazu kam es nie.

Die USA hielten ihre Anschuldigungen der Vertragsverletzung aufrecht – ohne freilich einen Beweis vorzulegen und traten aus dem INF-Vertrag aus. Russland zog unmittelbar nach.

Schon einen Monat nachdem US-Präsident Trump den Austritt aus dem Vertrag angekündigt hatte, im März 2019, hatten die USA „begonnen, landgestützte konventionelle Marschflugkörper mit Reichweiten über 500 km zu bauen“[3] und am 18. August 2019 einen Tomahawk-Marschflugkörper von Land aus gestartet, der mehr als 500 km zurückgelegt hat und das Ziel genau traf. Das wäre mit dem INF-Vertrag verboten gewesen. Seine Reichweite soll 1.000 km betragen. Gestartet sei der Flugkörper aus einem Startkanister des Typs MK41. Diese technische Feinheit ist deshalb von Bedeutung, weil die USA selbige MK-41-Startanlagen, die sie in Rumänien und Polen installiert haben, für die Raketenabwehrraketen nutzen. Das heißt, sie können sowohl defensiv als auch offensiv eingesetzt werden. Im Dezember 2019 testeten die USA eine landgestützte Rakete, die 500 km weit flog.[4]

NATO: „Fortschrittliche konventionelle Systeme“

Ein Artikel in der FAZ im Juni 2020 muss aufhorchen lassen. Demnach arbeiten die USA an Mittelstreckenwaffen, die NATO-Generalsekretär Stoltenberg als „fortschrittliche konventionelle Systeme“ bezeichnet, um sie in Europa aufzustellen. „Die Zerstörungskraft soll mit schwachen Atombomben vergleichbar sein,“ schreibt die FAZ. Und:

„die Waffen könnten sowohl gegen russische Kommandostrukturen gerichtet werden als auch gegen einen plötzlichen russischen Aufmarsch an den Bündnisgrenzen. Im Fall einer Eskalation könnten die Trägersysteme aber auch nuklear aufgerüstet werden.“ [5]

Wir achten auf den letzten Satz. Wir stellen uns vor, solche präzisen Mittelstreckenwaffen, zunächst konventionell bestückt, werden im Baltikum, in

Polen, in Nordnorwegen, möglicherweise auch in der Ukraine aufgestellt, und haben Moskau und andere russische Zentren im Visier. Und plötzlich werden sie mit Atomsprenköpfen bestückt. Russland hat bereits angekündigt, bei einem Angriff in jedem Fall mit einem atomaren Gegenschlag zu antworten.

Damit präsentieren die USA ein für Europa extrem gefährliches Ergebnis ihres einseitigen Austretens aus dem INF-Vertrag. Die Schlussfolgerung liegt nahe, dass sich die NATO selbst die Vorwände für ihre Konfrontationspolitik schafft. Russlands Präsident Putin erklärte im Oktober 2020, dass er den Ausstieg der USA aus dem INF-Vertrag für einen „schwerwiegenden Fehler“ hält, „der das Risiko erhöht, ein Raketen-Wettrüsten auszulösen, das Konfrontationspotenzial zu erhöhen und in eine unkontrollierte Eskalation zu geraten.“ [6] Er bekräftigte in dieser Erklärung noch einmal, dass Russland nach wie vor im europäischen Teil des Landes keine Mittelstreckenwaffen stationiert habe und auch dies so beibehalten wolle, bis die USA solche Waffen in Europa einsetze. Russland bietet zur Verifikation dieses Moratoriums gegenseitige Inspektionen an.[7] Die Antwort von Trumps Nationalem Sicherheitsberater Robert O'Brien auf den Vorschlag Putins kam postwendend, „die USA planen, Hyperschall- sowie Mittel- und Kurzstreckenwaffen in Europa zu stationieren,“[8] sagte er. Die konkrete Haltung des neuen US-Präsidenten Joe Biden dazu ist nicht bekannt. Er gilt als jemand, der, anders wie Trump, die transatlantischen Beziehungen stärken will, und dessen Aussage aus dem Wahlkampf programmatisch zu verstehen ist:

„Ich denke, die größte Bedrohung für Amerika in Bezug auf die Untergrabung unserer Sicherheit und unserer Allianzen ist im Moment Russland. Zweitens denke ich, dass China der größte Konkurrent ist.“ [9]

Auch bezüglich China gibt es von der neuen US-Regierung keine konkreten Aussagen darüber, ob sie an den Ankündigungen von Trumps damaligem Verteidigungsministers Mark Es-

per anknüpfen will, die dieser am Tag nach Verlassen des INF-Vertrags machte, „so schnell wie möglich landgestützte Mittelstreckenraketen in Asien aufstellen“[10] zu wollen. Esper orientierte sich dabei an „vergleichbaren Kapazitäten Chinas“. Chinas Arsenal an Mittelstreckenwaffen wird auf 1.600 bis 2.000 geschätzt.

Der Vertrag über den Offenen Himmel

Der Vertrag über den Offenen Himmel (OH-Vertrag/ Open-Skies-Vertrag) ist ein 1992 abgeschlossener und 2002 in Kraft getretener Vertrag zwischen 34 Mitgliedern des ehemaligen Warschauer Vertrags und der NATO[11], der das Überfliegen des Gebiets anderer Staaten von Vancouver bis Wladiwostok erlaubt. Die Flüge finden auf vorher festgelegten Routen im Beisein von Begleiteams des beobachteten Staats statt. Militärische Anlagen dürfen fotografiert werden, um zum Beispiel die Einhaltung des Vertrags über Konventionelle Abrüstung in Europa oder über die Stationierung von Atomwaffen zu kontrollieren. Die Aufnahmen werden nicht nur mit dem kontrollierten Staat sondern mit allen Vertragsstaaten geteilt. Zweck des Vertra-

ges ist die Vertrauensbildung und die realistische Lagebeurteilung. Flüge finden nach einem vertraglich festgelegten Quotensystem statt. Insgesamt waren es seit 2002 etwa 1.500, davon 500 Flüge allein über Russland und Belarus. Über den USA waren es etwa 70 Beobachtungsflüge Russlands. Die USA haben den Vertrag mit Wirkung zum 22.11.2020 gekündigt. Ihre Begründung, Russland habe den Vertrag verletzt und zu Spionagezwecken genutzt, wird vom deutschen Außenminister für nicht stichhaltig bewertet.

Deutsche Eigeninteressen

Maas sagte, „aus unserer Sicht rechtfertigt das [...] keine Kündigung.“ [13] Die Bundesregierung werde den Vertrag weiter umsetzen und wolle ihn bewahren. Sie verfügt dafür seit 1997 erstmals wieder über ein eigenes mit hochmoderner Sensortechnik ausgerüstetes Flugzeug, das sie für 120 Mio. Euro erworben hat und umbauen ließ. Es ist das modernste Flugzeug aller Teilnehmerstaaten. Die Reichweite des Airbus A 319 ermöglicht vertragsgebunden erstmals auch Überflüge in Sibirien. 2021 soll er erstmals im Rahmen des OH-Vertrages starten. Ob daraus etwas wird, steht allerdings in

den Sternen. Denn inwiefern auch die anderen 32 Vertragsparteien weiter dabei bleiben, ist offen. Zwar haben sich gewichtige westliche Staaten für ihren Verbleib im Vertrag ausgesprochen,[14] aber Russland knüpft sein Verbleiben verständlicherweise an Bedingungen. Es möchte von den westlichen Staaten Garantien dafür, dass Erkenntnisse aus ihren Überflügen über Russland nicht an die USA weitergegeben werden und, dass sie militärische Einrichtungen der USA in Europa weiterhin kontrollieren dürfen. Zusagen gibt es dafür bisher nicht. Bleibt es dabei, wird der Vertrag wohl auslaufen. Die Welt würde dadurch noch unsicherer. Der Vorteil der USA daraus wäre, dass sie auch ohne OH-Vertrag mittels ihres einzigartigen hochauflösenden Satellitensystems in der Lage wären, russisches Territorium zu überwachen, was umgekehrt so nicht möglich ist. Der neue US-Präsident Joe Biden hat erklärt, dass er den Trump-Kurs revidieren und am OH-Vertrag festhalten wolle. Da jedoch die US-Regierung rechtswirksam gekündigt hat, ist für die neue Vertragsratifikation eine Mehrheit im US-Senat notwendig.

[Quellenverweise] sind online abrufbar unter www.frieden-und-zukunft.de.

Lawrow: Keine baldige Normalisierung der Beziehungen zu den USA in Sicht

Aus einem Interview des russischen Außenministers

[...] Wir sind an der Aufrechterhaltung der guten Beziehungen zu den ausländischen Partnern in ausnahmslos allen geographischen Richtungen interessiert – auf Grundlage der Prinzipien des Völkerrechts, der Gleichberechtigung, des gegenseitigen Respekts und der Berücksichtigung von Interessen.

Dabei berücksichtigen wir natürlich die tektonischen Bewegungen in der globalen geopolitischen Landschaft. Der Fokus der Weltpolitik und Wirtschaft verschiebt sich vom Euroatlantik nach Eurasien, wo sich dynamisch aufstehende Weltzentren entwickeln. Mit Stützung auf jahrhundertealte Traditionen erhielten und festigen sie ihre wirtschaftliche und technologische Souveränität. Es wird ein selbstständiger außenpolitischer Kurs durchgeführt. In diesem Kontext wäre es logisch, dass unser Kurs auf den Ausbau der gegenseitig bereichernden Kooperation mit den Staaten des Ostens, einschließlich der Länder der Asien-Pazifik-Region, einen langfristigen strategischen Charakter hat und nicht von den Schwankungen der internationalen Konjunktur abhängt.

Eurasien ist heute nicht einfach ein geografischer Raum mit einem kolossalen Ressourcenpotenzial, das zum Wohle der dort lebenden Völker genutzt werden soll. Es ist auch die sich am dynamischsten entwickelnde Region im Sinne der Schaffung neuer Transport- und Logistik-Korridore, der Vervollkommenung der Infrastruktur-Verbindungen und anderer Formen der multilateralen Kooperation. Russland tritt für die Harmonisierung der hier wachsenden Integrationsprozesse ein. Auf die Lösung dieser Aufgabe ist die Initiative des Präsidenten Putins zur Bildung der Großen Eurasischen Partnerschaft gerichtet. Die Arbeit in dieser Richtung wird ziemlich energisch geführt, darunter via Anknüpfung der Pläne der Entwicklung der Eurasischen Wirtschaftsunion und der chinesischen „One Road-One Belt“-Initiative. [...]

Leider sollte man nicht mit einer baldigen Normalisierung bzw. sogar Stabilisierung der sich verschlechternden Beziehungen zu den USA rechnen. Die antirussische Hysterie, die die USA überflutet hat, lässt keine besonderen Chancen zu, dass wir bald eine Rückkehr zur Normalität sehen können. Unser Dialog erwies sich als Geisel der inneramerikanischen politischen Streitigkeiten, was natürlich nicht förderlich für den Aufbau einer konstruktiven Kooperation ist. [...]

Quelle: SNAnews (29.12.2020)

Covid-19-Impfstoffe: Der Westen zuerst

von der Redaktion German Foreign Policy

85 Prozent für die Reichen

Die Notwendigkeit, ärmeren Ländern mit speziellen Maßnahmen den dringend benötigten Zugriff auf Medikamente und vor allem auf Impfstoffe gegen das Covid-19-Virus zu verschaffen, ergibt sich daraus, dass sich die reichen Länder den Großteil der Produktion selbst gesichert haben. Laut einer Analyse von Citi Research sind inzwischen 85 Prozent der bereits bestellten Impfstoffe für wohlhabende Staaten reserviert. Diese werden größere Mengen bekommen, als sie für ihre eigene Bevölkerung benötigen: So hatten die Vereinigten Staaten schon im November bis zu 2,6 Milliarden Dosen geordert - genug für mindestens 1,3 Milliarden Menschen, obwohl sie lediglich 330 Millionen Einwohner haben. Das Phänomen ist nicht neu. Erst vor kurzem rief die US-Zeitschrift Foreign Affairs in Erinnerung, dass es im Jahr 2009 innerhalb von nur sieben Monaten gelungen war, einen Impfstoff gegen die "Schweinegrippe" zu entwickeln; anschließend kauften aber die reichen Länder fast die gesamten Bestände auf, und es bedurfte einer Intervention der Weltgesundheitsorganisation WHO, um einige von ihnen zu motivieren, wenigstens zehn Prozent ihrer Vakzine mit ärmeren Ländern zu teilen. Während im transatlantischen Westen alle, die es wünschten, wohl im Laufe des Jahres 2021 geimpft werden könnten, müssten die Einwohner ärmerer Länder mindestens bis Ende 2022 warten, sagt Citi Research voraus.

Ärmere Länder gegen den Westen

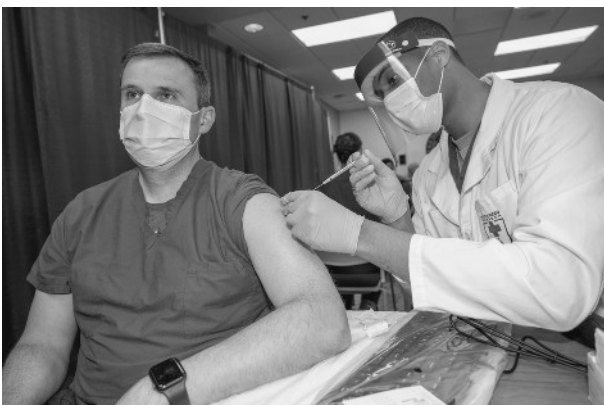
Den aktuell in der Welthandelsorganisation WTO zur Debatte stehenden Vorschlag hatten am 2. Oktober Indien und Südafrika gemeinsam eingebracht; inzwischen haben sich dem Antrag Kenia, Eswatini (ehemals: Swasiland), Pakistan, Mosambik und Bolivien in aller Form angeschlossen. Er sieht vor, dass für die Dauer der Pandemie bestimmte geistige Eigentumsrechte, die im TRIPS-Abkommen festgeschrieben sind, ausgesetzt werden; dies soll es denjenigen ärmeren Ländern, die keine eigenen Forschungs-, aber Produktionskapazitäten für Medikamente und Impfstoffe haben, ermöglichen, die für den Kampf gegen die Pandemie benötigten Mittel, für die sich die mächtigen Pharmakonzerne die Patente gesichert haben, herzustellen und außerhalb der reichen westlichen Welt zu verteilen.

Der Vorschlag wird von den meisten ärmeren Ländern unterstützt, von den westlichen Staaten jedoch entschieden zurückgewiesen - insbesondere von den USA, der EU, der Schweiz und Großbritannien; dort haben die einschlägigen westlichen Pharmakonzerne ihren Sitz. Der zuständige WTO-Ausschuss ("TRIPS Council") hat nach mehrmaliger Befassung mit dem Antrag die Entscheidung von Mitte Dezember 2020 auf sein nächstes reguläres Treffen (10./11. März 2021) vertagt. Weil die Zeit drängt, ist inzwischen von einem Sondertreffen im Januar, vielleicht auch erst im Februar die Rede.

destens 100 Millionen Dosen des russischen Vakzins Sputnik V pro Jahr in Lizenz herstellen. Sputnik V soll zudem in Brasilien, Südkorea und China produziert und an weitere Länder geliefert werden, darunter Ägypten (25 Millionen Dosen) und Venezuela (10 Millionen Dosen).

Chinesische Impfstoffe werden ebenfalls in mehreren Ländern hergestellt, wobei in der Volksrepublik inzwischen fünf Vakzine vorhanden sind und in größerer Zahl produziert werden können als Sputnik V. Sinovac etwa hat dem indonesischen Pharmakonzern Bio Farma, mit dem das Unternehmen beim Test seines Vakzins CoronaVac kooperiert hat, die Lizenz erteilt, den Impfstoff zur Belieferung Indonesiens und weiterer Länder Südostasiens herzustellen; darüber hinaus hat Jakarta inzwischen bereits 1,2 Millionen Dosen erhalten, die Anfang 2021 verabreicht werden sollen.

Sinovac kooperiert zudem mit dem renommierten Instituto Butantan in São Paulo, das ebenfalls CoronaVac produzieren und in Südamerika weiterverteilen wird. Einen der zwei Sinopharm-Impfstoffe wird die Group 42 (G 42) aus den Vereinigten Arabischen Emiraten in Lizenz produzieren - 75 bis 100 Millionen Dosen auch zur Verteilung an die anderen arabischen Golfstaaten im kommenden Jahr. China wird zudem diverse Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas beliefern, unter ihnen Mexiko, Marokko und die Philippinen, sowie zudem die Türkei. Erste Lieferungen sind bereits eingetroffen.



Covid-19-Impfung von Pflegepersonal in einem US-Hospital, Quelle: Wikipedia

Unterstützung aus Russland und China

Während die westlichen Staaten blockieren, haben Russland und vor allem China begonnen, in puncto Impfstoffe mit Ländern jenseits der transatlantischen Welt zu kooperieren. So hat etwa der russische Staatsfonds RDIF Ende November bekanntgegeben, der indische Generikahersteller Hetero Drugs werde in Zukunft min-

Nichts tun, "gut kommunizieren"

Die Lieferung und die Lizenzproduktion russischer und chinesischer Vakzine fällt umso mehr ins Gewicht, als die internationale Plattform Covax, die Impfstoffe erwerben und sie an ärmere Länder verteilen sollte, faktisch vor dem Scheitern steht. Covax sollte 2021 mindestens 2 Milliarden Dosen kaufen - ein Tropfen auf den heißen Stein, berücksichtigt man, dass die Initiative mehr als 90 ärmere Länder mit

einer Gesamtbevölkerung von 3,9 Milliarden Menschen beliefern soll. Benötigt würden dafür annähernd 8 Milliarden Dosen.

Feste Zusagen hat Covax bisher freilich für gerade einmal 200 Millionen Dosen erhalten. Diese sollen vom Serum Institute of India produziert werden, dem größten Impfstoffhersteller der Welt, der das von der Universität Oxford sowie dem britisch-schwedischen Pharmakonzern AstraZeneca entwickelte Vakzin fertigen wird; dieses soll - als einziges aus der westlichen Welt - zum Selbstkostenpreis produziert werden dürfen, allerdings nur bis zum "Ende der Pandemie", das AstraZeneca vertraglich vorab auf den 31. Juli 2021 datiert hat.

Dass die ärmeren Länder vom reichen Westen in akuter Not im Stich gelassen werden, ist nicht neu; neu ist allerdings, dass sie von anderen Staaten Unterstützung bekommen können. Mit Blick auf die absehbaren politischen

Folgen dringt nun etwa die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) auf Schadensbegrenzung: Die Bundesrepublik solle wenigstens einen Teil ihrer überzähligen Impfdosen an Covax weiterreichen; danach gelte es, *"das gut zu kommunizieren"*.

Rhetorik und Praxis

Während Berlin nach Optionen sucht, die sich abzeichnende Verschiebung politischer Loyalitäten weg vom Westen hin zu Russland und China zu stoppen, üben Menschenrechtsorganisationen scharfe Kritik - wegen der Blockade der Aussetzung der geistigen Eigentumsrechte bei Covid-19-Impfstoffen durch die WTO.

Die Pandemie sei *"eine weltweite Notsituation"*, heißt es in einer dazu publizierten Stellungnahme von Amnesty International: Deutschland und die EU müssten sich auf der Tagung des Allgemeinen Rats der WTO dafür stark

machen, dass, wie es Indien und Südafrika forderten, *"der Patentschutz für Covid-19-Impfstoffe, -Tests und -Behandlungen ... so lange ausgesetzt"* werde, *"bis der Pandemienotstand beendet ist und alle geschützt sind"*. Zwar werde *"öffentlich"* stets *"von internationaler Solidarität gesprochen"*; in der Praxis aber werde *"zu wenig"* für die ärmeren Staaten getan.

Amnesty International gehört zu den Organisationen, deren Berichte und deren Urteil die westlichen Mächte gern zitieren, wenn es ihnen hilft, politische Aggressionen gegen gegnerische Staaten zu legitimieren. Richten Amnesty oder andere Menschenrechtsorganisationen hingegen ihre Kritik gegen Praktiken des Westens, bleiben Reaktionen gewöhnlich aus - so auch im Konflikt um die Verhinderung der erforderlichen Impfstoffversorgung des ärmeren, nichtwestlichen Teils der Welt.

Covid-19-Pandemie: Der große Ungleichmacher

Berliner Regierungsberater rechnen mit einer deutlichen Verschärfung diverser globaler Konflikte durch die Covid-19-Pandemie. So sei etwa zu befürchten, dass Konflikte in Entwicklungsländern durch eine weitere Verarmung befeuert würden, heißt es in einer aktuellen Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). [...] Nicht zuletzt drohen sich auch bestehende Spannungen und Konflikte in der EU zu verschärfen; die wirtschaftlichen Einbußen fallen schon jetzt in Südeuropa deutlich höher als im ohnehin reicheren Norden aus. [...]

Das Gravitationszentrum der Weltwirtschaft

Wie die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in einer aktuellen Studie bestätigt, werden sich infolge der Covid-19-Pandemie die globalen Kräfteverhältnisse mutmaßlich deutlich verschieben. Dies liegt der SWP zufolge daran, dass eine ganze Reihe von Ländern Ost- und Südasiens die Pandemie vergleichsweise erfolgreich bekämpft haben. Hingegen müssten *"praktisch alle übrigen Weltregionen ... erheblich größere wirtschaftliche Verluste"* hinnehmen, heißt es in der Analyse; dies gelte für die EU, in hohem Maß auch für die USA und *"geradezu dramatisch"* für einige Schwellenländer, insbesondere für Mexiko, Brasilien und Indien.

Zu erwarten sei daher, dass *"China und Ostasien an relativem ökonomischem Gewicht gewinnen und noch rascher als prognostiziert zum Gravitationszentrum der Weltwirtschaft werden"*.

So schätzt die SWP, dass der Anteil Ostasiens an der globalen Wirtschaftsleistung von 29,4 Prozent im Vorkrisenjahr 2019 auf 32,6 Prozent im Jahr 2025 ansteigen wird - bei parallelem Rückgang des US-Anteils von 24,5 Prozent auf 22,7 Prozent und einer relativen Stagnation der EU (2019: 17,8 Prozent; 2025: 17,9 Prozent). Die SWP bilanziert: *"Politisch könnte daraus eine Kräfteverschiebung erwachsen."* [...]

Ängste vor dem Machtverlust

Dabei hat die Covid-19-Pandemie der SWP zufolge das Potenzial, nicht nur Konflikte innerhalb schwächerer Staaten gefährlich anzuheizen, sondern darüber hinaus *"auch als zusätzlicher Treiber bestehender Konflikte zwischen Groß- und Regionalmächten"* zu wirken. Dies sei vor allem dann der Fall, wenn die *"wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen"* der Pandemie die jeweiligen Staaten *"unterschiedlich hart treffen"*. [...]

So werde etwa *"die weit zurückreichende Rivalität zwischen Indien und China"* durch die Pandemie *"eher befeuert"*; New Delhi habe *"nach dem Ausbruch der Seuche die Chance"* gesehen, *"ausländische Investitionen, die in China getätigt werden sollen, ins eigene Land zu lenken"* - und es werde von den Vereinigten Staaten *"ausdrücklich dazu ermutigt"*.

Vor allem aber werde *"die Erwartung, dass China sich erheblich schneller von den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie erholen könnte als die USA und andere westliche Länder"*, in Washington wahrscheinlich *"einen konfrontativen Kurs gegenüber Peking begünstigen"*.

Quelle: German Foreign Policy (21.12.2020)

Rüstungskontrolle, Abrüstung und Verbot von Atomwaffen

von Regina Hagen, Sprecherin der Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt“

Eine wichtige, aber häufig vernachlässigte Bestimmung des nuklearen **Nichtverbreitungsvertrages NVV** (Artikel VI) besagt: „Jede Vertragspartei verpflichtet sich, in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen über wirksame Maßnahmen zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens in naher Zukunft und zur nuklearen Abrüstung [...]“ Der 1968 abgeschlossene und 1970 in Kraft getretene Vertrag verpflichtet die Vertragsparteien also auf baldige Verhandlungen mit dem Ziel der (vollständigen) nuklearen Abrüstung.

Jozef, Goldblat, ein akademischer Grandseigneur der Rüstungskontrolle, erläutert in seinem Standardwerk *Arms Control. The New Guide to Negotiations and Agreements* (PRIO, Oslo, und SIPRI, Solna, 2003) die allmähliche Verschiebung der Konzepte weg von „Abrüstung“ (disarmament) im Sinne der vollständigen Abschaffung von Waffen (elimination) hin zur „Rüstungskontrolle“ (arms control).

Auch Letztere unterlag über die Jahrzehnte einem Bedeutungswandel: Ursprünglich wurden unter „Rüstungskontrolle“ Regeln und Vereinbarungen zur Begrenzung des Wettrüstens verstanden.

Inzwischen ist der Begriff deutlich weiter gefasst und schließt in Bezug auf Atomwaffen Maßnahmen zum Begrenzen, Einfrieren, Reduzieren oder Abschaffen bestimmter Waffenkategorien ebenso ein wie Regelungen zur (Nicht-)Weitergabe, Teststopps, die Einrichtung atomwaffenfreier Zonen, Stationierungsbeschränkungen, vertrauensbildende Maßnahmen etc. (RH)

Alle fünf Jahre und mit wachsendem Unmut kritisieren Nichtatomwaffenstaaten bei den NVV-Überprüfungskonferenzen die Atomwaffenstaaten dafür, dass sie ihre Verpflichtungen aus Artikel VI nicht umsetzen. Tatsächlich gab es bis heute keinerlei nukleare Abrüstungsverhandlungen der fünf Atomwaffenstaaten, die Mitglieder des NVV sind, geschweige denn aller neun Atomwaffenstaaten[1]. Dennoch ist die Zahl der weltweit vorhandenen Atom-

waffen seit Mitte der 1980er Jahre von mehr als 70.000 auf etwa 13.400 gesunken. Dabei fallen die einseitigen Reduktionen Frankreichs (von 540 auf 300) und des Vereinigten Königreichs (von 500 auf etwa 200) zahlenmäßig kaum ins Gewicht, da sie durch den Ausbau vorhandener (China und Israel) und den Aufbau neuer Arsenale (Indien, Pakistan, Nordkorea) in etwa aufgehoben wurden.

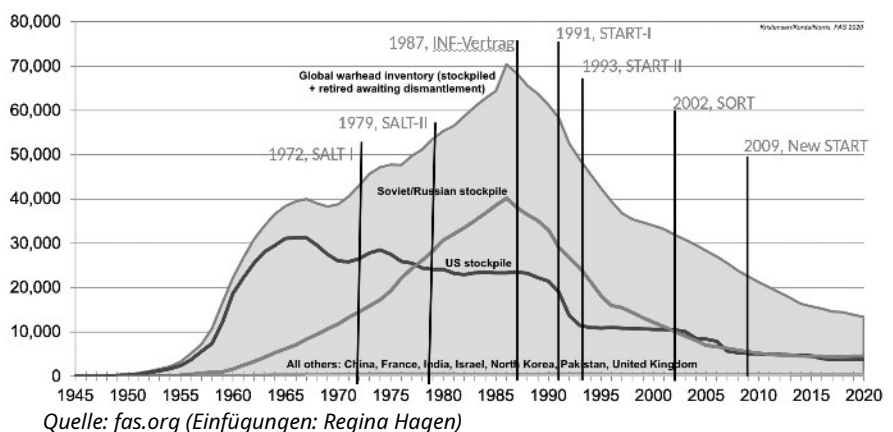
Ausschlaggebend für die drastische Reduktion sind vielmehr zwei Faktoren: der jeweils einseitige Abbau taktischer Atomwaffenarsenale der Sowjetunion bzw. Russlands und der USA sowie bilaterale Abkommen dieser zwei Staaten, die zunächst zum Einfrieren, später auch zum Abbau der strategischen Arsenale führten.

ben Jahr in Kraft und war auf fünf Jahre befristet.

Ein weiteres Ergebnis der ersten SALT-Verhandlungen war der Raketenabwehr- oder **ABM-Vertrag** (Anti-Ballistic Missile Treaty), ebenfalls seit 1972 in Kraft und zeitlich nicht befristet. Er beschränkte den Aufbau nationaler Raketenabwehr auf einen Standort mit maximal 100 Abwehrsystemen. Der Vertrag spielte eine Schlüsselrolle bei der Eindämmung des Wettrüstens mit Atomwaffen sowie im Weltraum. 2001 kündigten die USA den Vertrag auf. Seither gibt es keinerlei Beschränkungen mehr in puncto Raketenabwehr und damit auch nicht bei der Weltraumrüstung.

SALT-II wurde 1979 unterzeichnet. Das Abkommen sah neue Obergrenzen

Estimated Global Nuclear Warhead Inventories 1945-2020



Strategische Abkommen der USA und Russlands seit 1972

Gespräche zur Eindämmung des Wettrüstens nahmen die USA und die Sowjetunion schon bald nach Abschluss des NVV auf. Seither wurden diverse Abkommen geschlossen, die dem nuklearen Wettrüsten der beiden Staaten ein Ende setzten und sukzessive zur deutlichen Reduktion strategischer Atomwaffen führten[2].

Die SALT-Gespräche (Strategic Arms Limitation Talks) wurden in mehreren Etappen geführt. 1972 trat **SALT-I** in Kraft und fror im Wesentlichen die Anzahl land- und seegestützter strategischer Startsysteme ein, beschränkte aber auch die qualitative Weiterentwicklung. Der Vertrag trat noch im sel-

zen für land- und seegestützte strategische Raketen vor, berücksichtigte auch Bomber und Marschflugkörper, erlaubte maximal zehn Sprengköpfe pro Rakete und sollte bis Ende 1985 gültig sein. SALT-II wurde in den USA aufgrund des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan zwar nicht ratifiziert, von den USA und der Sowjetunion aber mehr oder weniger eingehalten.

Nach dem »Nachrüstungsbeschluss« der NATO, der ungezügelter Aufrüstung der USA wie der Sowjetunion mit Systemen mittlerer Reichweite und den großen öffentlichen Protesten vereinbarten die USA und die Sowjetunion 1987 den unbefristeten **Mittelstreckenvertrag (INF-Vertrag)**. Er führte binnen vier Jahren zur Ver-

schrottung aller Mittelstreckenraketen und -Marschflugkörper der USA und Russlands, ist aber aufgrund der Kündigung beider Vertragsparteien seit August 2019 außer Kraft. Dem Aufbau neuer Mittelstreckenarsenale steht somit kein Vertragswerk mehr entgegen.

1991, kurz vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion, gelang der Abschluss von **START-I** (Strategic Offensive Arms Treaty). Das Abkommen reduzierte sowohl die Anzahl strategischer Trägersysteme (1.600) als auch der dafür vorgesehenen Sprengköpfe (6.000) auf jeder Seite. Für die Umsetzung wurden sieben Jahre vorgesehen. Die Geltungsdauer betrug 15 Jahre.

Mit **START-II** wurde 1993 die Sprengkopfbzahl nochmals gesenkt auf maximal 3.500 pro Seite; Mehrfachsprengköpfe wurden ganz untersagt. Die Geltungsdauer lehnte sich an START-I an. Der Vertrag wurde in den USA nach einigen Jahren ratifiziert, von der russischen Duma noch später und unter der Bedingung, dass der ABM-Vertrag erhalten bleibe. Mit Kündigung des ABM-Vertrages durch die USA 2001 war START-II hinfällig.

Äußerst knapp gehalten war der **SORT-Vertrag** (Strategic Offensive Reduction Treaty) von 2002, der die Zahl von Sprengköpfen auf maximal 2.200 reduzierte und zehn Jahre gültig war. Inspektionen oder ähnliche Verifikationsmaßnahmen wurden nicht vereinbart.

2009 hielt US-Präsident Obama seine „Prager Rede“ und kündigte eine neue Offensive zur nuklearen Abrüstung an. Das Ergebnis der Bemühungen war der **Neue START-Vertrag** mit neuen Obergrenzen für strategische Atomwaffen (maximal 700 Trägersysteme und 1.500 Sprengköpfe).

Der Vertrag trat nach beidseitiger Ratifizierung am 5. Februar 2011 in Kraft; in den USA verpflichtete das Ra-

tifizierungsgesetz den Präsidenten im Gegenzug zur „Modernisierung“ des Atomwaffenarsenals, zum Ausbau der Raketenabwehr sowie zur Einführung konventioneller Langstreckensysteme.

Von all diesen Verträgen ist aktuell also noch der Neue START-Vertrag in Kraft. Der russische Präsident Putin hat wiederholt sein Interesse an einer Vertragsverlängerung über den 5. Februar 2021 hinaus geäußert. Viel Zeit bleibt dem designierten US-Präsidenten Biden und seinem Team nicht, zu einer entsprechenden Vereinbarung zu kommen.

Der neue Verbotsvertrag

All diese Vertragswerke konnten nicht verhindern, dass sowohl die USA und Russland als auch die anderen Atomwaffenstaaten ihre Arsenale optimierten, sei es qualitativ (höhere Zielgenauigkeit, optimierte Sprengkraft, neue Trägersysteme usw.) oder quantitativ. Diese Situation, die wachsende Frustration über das Fehlen ernsthafter nuklearer Abrüstungsbemühungen sowie die Ergebnisse dreier 2013 und 2014 durchgeführten Konferenzen zu den katastrophalen humanitären Auswirkungen von Atomwaffen, war 2017 für knapp Zweidrittel der Staatengemeinschaft Anlass zu mehrwöchigen Verhandlungen in New York über ein vollständiges und bedingungsloses Verbot von Atomwaffen.

Der „Vertrag über das Verbot von Kernwaffen“ (kurz **Atomwaffenverbotsvertrag AVV** oder einfach Verbotsvertrag) wurde am 7.7.2017 von 122 Staaten angenommen. Bis dato unterzeichneten 86 Staaten das Verbot, 51 davon haben es auch ratifiziert, sodass der Vertrag am 22.1.2021 in Kraft treten wird.

Der AVV verbietet u.a. den Erwerb, den Besitz, den Einsatz und zahlreiche andere mit Atomwaffen zusammen-

hängende Tätigkeiten und sieht die Möglichkeit vor, dass heutige Atomwaffenstaaten dem Vertrag beitreten können – entweder nach vorheriger, durch die Internationale Atomenergieorganisation verifizierter vollständiger nukleare Abrüstung oder verbunden mit einem „rechtsverbindlichen Zeitplan für die verifizierte und unumkehrbare Beseitigung des Kernwaffenprogramms“ (Artikel IV).

Sämtliche Atomwaffen- und (mit Ausnahme der Niederlande) NATO-Staaten sowie die US-Verbündeten blieben den Verhandlungen fern; sie alle, auch die deutsche Bundesregierung, lehnen den AVV vehement ab.

Wie ungelegen diesen Staaten der Verbotsvertrag kommt, zeigt eine Stellungnahme des NATO-Rates vom 15. Dezember 2020, die darauf verweist, dass „der NVV weiterhin den einzigen glaubwürdigen Pfad zu nuklearer Abrüstung aufzeigt“ und „der Verbotsvertrag [...] im Widerspruch steht mit der bestehenden Nichtverbreitungs- und Abrüstungsarchitektur“. Das ist natürlich Unsinn.

Der NVV hat in den letzten Jahrzehnten nicht zur Abschaffung von Atomwaffen geführt, dennoch bestätigt die AVV-Präambel ausdrücklich seine Rolle als „Eckpfeiler des nuklearen Abrüstungs- und Nichtverbreitungsregimes“. Hingegen stellt sich der AVV in klaren Widerspruch zur nuklearen Abschreckungslogik und zur damit verbundenen Bereitschaft zum Einsatz von Atomwaffen.

Am 22.1.2021, einem Freitag, feiern Staaten, Städte und Friedensorganisationen weltweit das Inkrafttreten des AVV und damit einer neuen völkerrechtlichen Norm gegen Atomwaffen. Macht mit und tut den Politiker*innen und der Öffentlichkeit kund: **Atomwaffen sind verboten!**

[Fussnoten] siehe www.frieden-und-zukunft.de

**Atomwaffen sind
VERBOTEN**

ab dem 22.1.2021



Unter www.nuclearban.de werden außer Aktionsterminen auch Ideen für Aktionen aufgelistet, die vor Ort und unter Corona-Bedingungen einfach organisierbar sind.

Grafiken: Beispielhafte Motive von ICAN

Der Krefelder Appell und seine heutige Bedeutung

von Kathrin Vogler, MdB Die Linke

Der Text entstand aus einem Beitrag für die Veranstaltung "40 Jahre Krefelder Appell" am 15. 11. 2020 im Gewerkschaftshaus Frankfurt/M.

Krefelder Appell als gemeinsames Kampagnenelement

Der Krefelder Appell mag zwar aus dem Umfeld der Deutschen Kommunistischen Partei initiiert worden sein, hat aber seine Reichweite vor allem durch die vielen, wie Pilze aus dem Boden sprießenden, lokalen oder berufsbezogenen Friedensgruppen erhalten und durch ganz normale Leute, wie die siebzehnjährige Schülerin Kathrin, die in ihrer Kleinstadt einige Hundert Unterschriften sammelte. Wahlpolitisch oder organisatorisch hat die DKP auch nicht wesentlich von der Massenbewegung profitiert, eher war es umgekehrt: Die Bewegung profitierte von den organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten, die ihr die DKP verschaffen konnte, ließ sich aber durch ihre große politische und gesellschaftliche Breite auch nicht auf den DKP-Kurs verengen.



Etty Gingold sammelte 13.000 Unterschriften unter den Krefelder Appell, Foto: Privatarchiv Silvia Gingold

Politisch profitiert haben damals vor allem die Grünen, die auch mit dem Rückenwind aus der Friedensbewegung in dieser Zeit erstmals in die Parlamente einzogen. Dass ihr ursprünglich pazifistisches Programm dann unter Joschka Fischer und Daniel Cohn-Bendit ins Gegenteil verkehrt wurde, steht auf einem anderen Blatt, aber es mahnt uns, programmatische Positionen bei Parteien nicht für gottgegeben zu halten.

Angst und Hoffnung - zwei Treiber für Bewegungen

Ich glaube nicht, dass diejenigen, die am 15. und 16. November 1980 in Krefeld zusammensaßen, schon genau wussten, welches Potenzial die von ihnen dort verabredete Erklärung hatte.

Viele Menschen hatten Angst vor einem Atomkrieg in Europa. Die verbalen Zuspitzungen im Kalten Krieg und die atomare Aufrüstung machten einen Krieg wahrscheinlicher. Und die NATO-Planungen, Atomkrieg führen und auch gewinnen zu können, erhöhten ebenso die Kriegsgefahr und trieben ein gnadenloses, teures Wettrüsten an. Diese Entwicklung stand im Widerspruch zur Politik der Entspannung, friedlichen Koexistenz, Abrüstung und Rüstungskontrolle, welche die Regierung unter dem außerordentlich populären Kanzler Willy Brandt verfolgt hatte und die vielen Menschen in Ost und West die Hoffnung auf eine Überwindung der Konfrontation und ein friedliches Zusammenleben gegeben hatte. Angst auf der einen Seite und Hoffnung auf der anderen, das sind die

zwei entscheidenden Treiber für außerparlamentarische Bewegungen.

Wir sehen das heute etwa an Fridays for Future, einer Bewegung, die sowohl von der Angst vor einem ungebremsten Fortschreiten der Erderwärmung gespeist wird, als auch von der Hoffnung, dass die Politiker*innen zum Handeln gedrängt werden können, dass es zwar spät, aber noch nicht zu spät ist, um durch entschlossenes Handeln das Schlimmste abzuwenden.

Fokussierung auf einfache Formeln statt Forderungskataloge

Auch die Aktivist*innen von Fridays for Future machen nicht den Fehler, ihre Aktionen auf mehrseitige, differenziert ausgearbeitete und ausgewogene Forderungskataloge zu stützen, sondern sie spitzen sehr bewusst zu, wenn sie sagen: "Ihr müsst umsetzen, was ihr in Paris beschlossen habt.

Nicht irgendwann, sondern jetzt!" Genau wie wir damals zielen sie vor allem auf eine Veränderung der herrschenden Politik, weniger auf eine Veränderung des politischen oder gesellschaftlichen Systems. Das machte und macht die Forderungen anschlussfähig bis weit ins bürgerliche Lager hinein.

Auch, wenn das vielleicht zuerst mal irritiert, will ich auf eine weitere Parallele hinweisen. So wie die Klimabewegung der 2020er Jahre hatte auch die Anti-Raketen-Bewegung der 1980er Jahre eine ikonische und charismatische Führungspersönlichkeit, die extrem polarisierte und dadurch die Aufmerksamkeit maximal auf das Thema lenkte.

Es ist vielleicht auch kein Zufall, dass beides Frauen sind: heute Greta Thunberg, damals Petra Kelly. Ich bin weit entfernt davon, Personenkult zu betreiben, aber die Polarisierung, die die bürgerlichen Medien um diese zwei Frauen betrieben und betreiben, hat auf jeden Fall die öffentliche Wahrnehmung für die Anliegen, für die sie stehen bzw. standen, ganz massiv erhöht und viele Menschen dazu animiert, Stellung zu beziehen.

Mehrheit gegen Atomraketen, hat die Welt verändert

Heute müssen wir um die historische Deutungshoheit der Ereignisse in den 80er Jahren kämpfen. Es ist richtig: die Bewegung gegen die Mittelstreckenraketen war nicht unmittelbar erfolgreich, denn der Bundestag fasste am 22. November 1983 den Beschluss zur Stationierung der US-Mittelstreckenraketen mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP. Die SPD, deren Kanzler Helmut Schmidt 1979 für das Zustandekommen des NATO-Raketenbeschlusses maßgeblich verantwortlich war, hatte ihre Beschlusslage zu dem Zeitpunkt bereits verändert. Immerhin waren ja auch viele Sozialdemokrat*innen in lokalen Friedensinitiativen aktiv und hatten Unterschriften unter den Krefelder Appell gesammelt - zunächst gegen den entschiedenen Widerstand ihres Parteivorstands.

Heute verbreiten diejenigen politischen Kräfte, die damals glaubten gesiegt zu haben, dass das Ende der So-

wjetunion und die Auflösung des Warschauer Vertrages vor allem der harten Haltung der NATO und deren wirtschaftlicher und militärischer Überlegenheit zu verdanken sei.

Meinungsumfragen aus dem Jahr 1983 weisen darauf hin, dass die Mehrheit der Menschen die Stationierung neuer Atomraketen ablehnte und lieber weiter über Abrüstung verhandeln wollte - und zwar bis weit hinein ins Lager der Unionswähler*innen.

Meine Einschätzung der historischen Ereignisse ist eine andere. Ein Michail Gorbatschow mit seiner Politik von Glasnost und Perestrojka wäre in der schon dem Zerfall geweihten Sowjetunion nicht möglich gewesen, wenn man in Moskau hätte fürchten müssen, dass die USA und die NATO diese Gelegenheit nutzen könnten, um militärisch einzugreifen.

Von der „Blockkonfrontation“ zum „jeder gegen jeden“?

Wenn wir aktuelle politische Debatten betrachten, etwa um den INF-Vertrag und den New-START-Vertrag, so kommt immer wieder dasselbe Muster zum Vorschein: Auch wenn die NATO Russland und China militärisch weit überlegen ist, wird jeder Versuch der Gegenseite, einem strategischen Gleichgewicht irgendwie nahe zu kommen, mit einer neuen Aufrüstungsrunde beantwortet. Nun sind wir aber nicht mehr in einer Systemkonkurrenz, sondern in einer strategischen Konkurrenz verschiedener kapitalistischer Machtblöcke um Einflussphären, Handelswege, Zugriff auf Rohstoffe, Land und Absatzmärkte.

Und selbst die NATO ist kein einheitlicher Block mehr, weil die Interessen der USA und Westeuropas in dieser Situation immer weiter auseinanderdriften. Wahrscheinlich ist in dieser Welt, in der wir heute leben, das Anliegen, das uns in den 1980ern zusammengeführt hat, noch entschieden wichtiger als damals. Warum?

Zerschlagene Architektur von Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Während des Kalten Kriegs haben wir mehrfach erlebt, dass die Welt am Rande eines Atomkriegs stand. Jedes Mal zeigte sich, dass auf beiden Seiten

genug rationale Kräfte in Entscheidungspositionen waren, um diese letzte, alles vernichtende Eskalation zu verhindern. Spätestens seit dem Amtsantritt von Donald Trump als US-Präsident ist aber klar, dass man sich nicht einmal darauf verlassen kann, dass die Bevölkerung in demokratischen Wahlen nur solche Personen mit Macht ausstattet, deren intellektuelle Fähigkeiten und deren Charakter dieser Herausforderung auch gewachsen wären. Der noch amtierende US-Präsident hat in nur vier Jahren die gesamte Architektur von Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen in die Tonne gehauen.

Aufrüstung im Schatten der Pandemie

Wir befinden uns in einer der schwersten Krisen der Menschheit nach dem Zweiten Weltkrieg. Noch ist es vor allem eine Gesundheitskrise, die nicht nur die völlig unterfinanzierten und schlecht ausgestatteten Gesundheitssysteme der ärmsten Länder an ihre Grenzen bringt, sondern vor allem auch das teuerste Gesundheitssystem der Welt: das der Vereinigten Staaten von Amerika. Eine Viertelmillion Menschen ist bisher dort an einer Infektion mit dem neuen Coronavirus gestorben.

Und das Risiko ist hoch, dass es nicht nur bei einer Gesundheitskrise bleibt. Die Pandemie und ihre Bekämpfung haben global verheerende Wirkungen auf viele Wirtschaftszweige. Um diese abzufedern, werden zunächst die Staatsschulden erhöht.

Anstatt Steuern und Sonderabgaben für die Profiteure der Krise auch nur in Erwägung zu ziehen, wird diese Politik früher oder später zur Kürzung von Sozial- und Bildungsausgaben, zur Erhöhung von Steuern und Abgaben für die Normalbevölkerung oder zu einer Inflation führen. Dennoch geht der weltweite Anstieg der Rüstungsausgaben weiter, in Deutschland werden wir 2021 erneut eine Steigerung der Rüstungsausgaben um 2 bis 3 Mrd. Euro sehen.

Etwa so viel hätte die Ausstattung der Schulen mit ausreichend Luftfiltern für alle Klassen gekostet. Die neuen Atombomber für die Bundeswehr werden uns in den nächsten Jahren zwischen 8 und 20 Mrd. Euro kosten, die

Betriebskosten noch nicht eingerechnet - Geld, das wir in andere Bereiche umlenken könnten, wenn wir aus der nuklearen Teilhabe der NATO aussteigen würden.

Die Chancen des Atomwaffenverbotsvertrages

Heute haben wir ein Instrument in der Hand, das sich als noch wirksamer erweisen kann, als der Krefelder Appell. Am 22. Januar 2021 tritt der UN-Atomwaffenverbotsvertrag in Kraft. Alle Atommächte und ihre Bündnispartner haben bis zuletzt versucht, das durch diplomatischen und wirtschaftlichen Druck auf die Unterzeichnerstaaten zu verhindern. Auch die Bundesregierung lehnt einen Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag ab.

Aber auch hier sehen wir, dass es in der Bevölkerung, auch an der Basis der Regierungsparteien, eine ganz andere Haltung gibt, ähnlich wie vor 40 Jahren. Dem ICAN-Städteappell, der die Bundesregierung auffordert, dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten, sind inzwischen von 106 Städte und Gemeinde, fünf Landkreise und vier Bundesländer beigetreten - oft sogar einstimmig. Die Bereitschaft der Kommunen, die jetzt die ganze Last der Pandemie tragen, Steuergelder im Rachen der Rüstungswirtschaft verschwinden zu sehen, während sie vor Ort nicht einmal genug Personal für die Gesundheitsämter haben, wird in dieser Situation sicher nicht größer.

Wir können also von unten, aus den Kommunen heraus, den Druck auf die Bundesregierung erhöhen. Und 169 Bundestagsabgeordnete haben bereits den Abgeordnetenappell für das Atomwaffenverbot unterzeichnet.

Und wir sollten etwas neu beleben, was wir in den Achtzigern sehr erfolgreich gemacht haben: nämlich Diplomatie von unten. Wir sollten dafür werben, dass sich überall Menschen für das Atomwaffenverbot engagieren, dass sie ihre Regierenden drängen, dem Vertrag beizutreten, von Washington bis Wladiwostok und von Tsingtao bis Teheran. Wir haben unsere Netzwerke, unsere Städtepartnerschaften und unsere Austauschprogramme: Nutzen wir sie doch!

Das vorliegende Manuskript wurde redaktionell stark gekürzt. Komplettfassung unter www.frieden-und-zukunft.de

Wichtige Termine 2021

Feste Aktionsplanungen

Fr. 22.1. Inkrafttreten des Atomwaffen-Verbotsvertrages
(lokale Veranstaltungen)

Ostermärsche vom Fr. 2.4. bis Mo. 5.4.

Sa. 8.5. (lokale Aktionsbündnisse)

Stopp Ramstein Aktionstage vom 5. bis 11.7.

Fr. 6.8. Hiroshimataag

Mi. 1.9. Antikriegstag

Naturfreunde: Bundesweite Friedenswanderung
(www.frieden-in-bewegung.de) vom 30.4. bis 4.7.2021

Feste Stichtage

So. 22.6. 80 Jahre Überfall auf Sowjetunion

UZ-Pressesfest vom 27. bis 29.8.

Bundestagswahl am 26.9.

Sonstiges

US-Kriegsmanöver DEFENDER 2021 Pacific und Europe
(Frühling-Frühsummer mit Schwerpunkt Balkan und Schwarzes Meer)

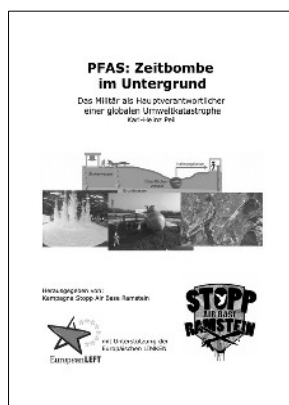
Ökumenischer Kirchentag in Frankfurt a.M. vom 12. bis 16. Mai (nur stark reduziert mit Hybrid-Veranstaltungen)

75 Jahre Nürnberger Prozesse: Veranstaltung in Nürnberg

Broschüren zur Thematik Umwelt - Militär - Konversion

Die Materialien können über die Friedens- und Zukunftswerkstatt bestellt werden zum Kostenbeitrag von 1 Euro plus Versandkosten.

Alternativ können diese auch als PDF-Dateien abgerufen werden unter www.umwelt-militär.info/?Aktuelles/Materialien



Militär und sozial-ökologische Konversion

von Götz Brandt und Karl-Heinz Peil
100 Seiten, Hrsg.: Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE

PFAS: Zeitbombe im Untergrund - von Karl-Heinz Peil

Das Militär als Hauptverantwortlicher einer globalen Umweltkatastrophe
52 Seiten, Hrsg.: Stopp Ramstein

Sozial-ökologische Konversion der Militärregion Kaiserslautern

28 Seiten, Hrsg.: Stopp Ramstein



Schluss mit dem Wahnsinn! Abrüsten!

Unter diesem Titel kommen Autorinnen und Autoren aus Friedensforschung, Politik, Gewerkschaft und Friedensbewegung zu Wort, die sich auf dem 26. bundesweiten Friedensratschlag am 7. und 8. Dezember 2019 in der Universität Kassel trafen, um Analysen und Lösungsansätze dafür zu präsentieren, wie eine friedensfähige Politik entwickelt und durchgesetzt, wie Spannungen ab- und Vertrauen aufgebaut werden können. Ihre Texte basieren auf Beiträgen, die sie dort gehalten haben.

Die Autor*innen: Ralf Becker - Reiner Braun - Lühr Henken - Margot Käßmann - Kristine Karch - Cornelia Kerth - Carola Kieras - Andrea Kocsis - Marion Küpker - Karin Kulow - Gernot Lennert - Horst Leps - Christoph Marischka - Klaus Moegling - Daniel Oehler - Norman Paech - Senta Pineau - Anne Rieger - Werner Ruf - Ulrich Sander - Jürgen Scheffran - Christoph Scherrer - Wilfried Schreiber - Gunda Weidmüller - Francis Wurtz

Das Buch kostet im Handel 15 Euro. Bestellungen von Privatpersonen beim Verlag sind innerhalb Deutschlands versandkostenfrei. Für Gruppen bietet der Verlag Sonderkonditionen: Die Bücher können beim Verlag geordert werden. (<https://jenior.de/>) Bei der Abrechnung wird ein Rabatt von 30 % gewährt (= 4,50 Euro pro Buch).